

dradio.de

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/939005/>

UMWELT UND VERBRAUCHER

23.03.2009 · 11:35 Uhr



Umweltfreundlich und gesund: Radfahren. (Bild: AP Archiv)

Bahnausbau statt Abwrackprämie

Ein Kongress über eine umweltfreundliche Verkehrspolitik

Von Alexander Schubert

Durch die Abwrackprämie soll der Autokauf wieder abgekurbelt werden. Eine falsche Maßnahme, die der Umwelt nur schadet, kritisieren der "Arbeitskreis Verkehr und Umwelt" und der Verein "FUSS e.V.". Sie trafen sich auf einem Kongress an der TU Dresden, um über neue Verkehrs- und Umweltkonzepte zu diskutieren, bei denen nicht mehr länger auf das Auto sondern auf öffentliche Verkehrsmittel gesetzt wird.

Rund 250 Teilnehmer hatten sich am Samstagvormittag in den Hörsaal des "Institutes für Verkehrswesen" an der TU Dresden begeben. Ordentlich gefüllt war der Saal. Und sie alle wollten über neue und bessere Konzepte der Mobilität diskutieren, auch Karin Zickendraht. Die Hamburgerin ist Grünen-Mitglied und setzt sich seit Jahren für umweltfreundlichere Mobilität ein:

"Ich bin schon sehr oft bei diesen Kongressen gewesen und erstmal ist es toll, Gleichgesinnte zu treffen, die eine andere Mobilität wollen und zweitens gibt es auch immer wieder aktuelle Themen. Jetzt ist ja wieder das Thema Klimaschutz ganz groß!"

Und auch für Alexander John war der Kongress ein Pflichttermin. Der 26-jährige Student ist Sprecher der "Klima-Allianz Leipzig". Seit 2007 versucht diese Organisation in Leipzig die Klima-Schutz-Ziele der Stadt zu überwachen. Aus Leipzig reiste er natürlich per Bahn- und mit dem Fahrrad im Gepäck an, denn:

"Ich fahre nicht mit dem Auto - ich habe keins! Also, leisten könnte ich es mir vielleicht unter Umständen, aber: Das ist aus politischer Überzeugung. Wenn man in einer Großstadt wohnt, braucht man auch kein Auto, weil man eigentlich alle Wege mit dem Fahrrad beziehungsweise Bus und Bahn erledigen kann."

Und davon sind die Teilnehmer überzeugt. "Kurze Wege zu einem besseren Klima" war der Titel des Kongresses. Was sich dahinter verbirgt, weiß Stefan Lieb. Der Berliner ist Mitorganisator des Kongresses gewesen. Aus seiner Sicht muss sich das Verkehrswegekonzzept in Deutschland grundlegend ändern.

"Die einzige Strategie, die wir haben, individuell wie auch gesellschaftlich, ist der Versuch, unsere Wege kürzer zu machen - nahe Wege zu haben. Da ist man von Kraftstoffpreise und so weiter unabhängig. Natürlich kann man das nicht alleine entscheiden, da muss die Politik helfen, da muss die Wissenschaft helfen. Aber ich denke mir: Man muss mobil sein, man muss den Laden um die Ecke haben, die Schule muss in der Nähe sein. Das ist, denke ich, eine Sache, die wir erreichen müssen und können."

Zudem glaubt er, dass die Milliarden aus dem Konjunkturpaket falsch eingesetzt würden. Es müsse nicht in Straßen, sondern in nachhaltige Mobilitätskonzepte investiert werden. Dabei sollen vor allem die Kommunen nicht mehr alleine für die Mobilität ihrer Bürger sorgen, sondern die Bundesregierung ein ganzheitliches Konzept entwickeln. Vom Bundesverkehrsministerium wurde das aber verneint. Und auch die Abwrackprämie sei aus Stefan Liebs Sicht das falsche Signal der Bundesregierung.

"Das ist wirklich eine Sackgasse, in die da weiter gefahren wird. Die Autofirmen verkaufen jetzt noch ihre

alten Modelle sozusagen, die sie eh auf Halde hatten. Und für die Zukunft ist es sowieso verloren."

Auch Professor Heiner Monheim von der Uni Trier sieht in der Abwrackprämie keinen Sinn. Er hat in Trier den Lehrstuhl für Raumentwicklung und Landesplanung inne. Aus seiner Sicht müssten ganz andere Dinge unterstützt werden, gerade jetzt in der Finanzkrise.

"Wir brauchen ein völlig anderes Bahnnetz. Wir brauchen eine völlig andere Bahnpolitik. Wir brauchen Hunderte von Streckenreaktivierungen. Wir brauchen 6000 neue Bahnhöfe in Deutschland. Also, da kann endlos investiert werden, aber alles das steht in keinem Konjunkturprogramm, sondern in dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung steht: Straßen, Straßen und nochmals Straßen."

Und nach Stefan Liebs Hoffnungen ändert sich dann auch die Bundesregierung. Lieb glaubt:

"Dass, es dann vielleicht keinen Verkehrsminister mehr gibt, sondern eine Mobilitätsministerin. Und die ganz klar gucken, wo sind Mobilitätsdefizite. Nicht, wo kann man mehr fahren? Wo ist ein Stau gerade? Sondern: Wo kommen Leute nicht hin? Aus welchen Gründen?"

© 2009 Deutschlandradio